

Neuer

Freier Lloyd.

Ankündigungsbureau:

Josefsplatz 6.

Insertionspreis nach aufliegendem Tarife.

Ferner übernehmen Inserate:

In Wien die Herren Ferd. Schweitzer, Schullerstrasse No. 17, Haasenstein & Vogler, Neuer Markt No. 11, A. Oppelik, Wollzeile No. 22 und A. Niemetz.

Im Auslande:

die Herren Rudolf Mosse in Berlin, Eugen Fort, Sachse & Comp. in Leipzig, Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Frankfurt am Main, Leipzig, Basel, Zürich, Frankfurt a. M. Jäger'sche Buchhandlung, G. L. Daube & Comp., Havas-Lafitte-Bullier in Paris 8, Place de la Bourse. Vertretung für England und die Colonien bei Horra H. Ch. Panzer, London 92 London Wall E. C.

Redaction: Dorotheagasse 11.

Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Administration: Josefsplatz 6.

Pränumeration

mit täglicher Postversendung: Ganzjährig 18 fl., halbjährig 9 fl., vierteljährig 4 fl. 50 kr., 2-monatlich 3 fl. 40 kr., 1-monatlich 1 fl. 70 kr.

Für Post-Ofen ins Haus gesandt: Ganzjährig 16 fl., halbjährig 8 fl., vierteljährig 4 fl., 2-monatlich 3 fl., 1-monatlich 1 fl. 50 kr.

Einzelne Nummer 6 kr. Man pränumerirt für Post-Ofen im Exped.-Bureau des „N. Fr. Lloyd“, Josefsplatz 6. Ausserhalb Post-Ofen mittelst frankirter Briefe durch alle Postämter

Nr. 16.

Freitag, 17. Juni.

1870.

Mit 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf den „N. Fr. Lloyd“, derselbe erscheint täglich 6 Uhr Morgens; am Tage nach Sonn- und Feiertagen erscheint regelmäßig auch ein Abendblatt.

Die Pränumerationspreise sind:

Table with 2 columns: Subscription type and price. Includes rates for 1 year, 6 months, 3 months, and 1 month for both home and post-office delivery.

Den 9. Abonnenten, die für das Juli-September Quartal abonniren, wird das Blatt von heute ab bis Ende Juni gratis zugesandt.

Die Administration des „N. Fr. Lloyd“ Josefsplatz Nr. 6.

Politische Rundschau.

Freitag, 17. Juni.

Nachdem die gesammten Spitzen unserer bedeutendsten politischen Körperschaften am gestrigen Tage mit dem Frohnleichnamspredigt und dann mit dem Ausruhen von den selbst gehaltenen Strapazen beschäftigt waren, ist auf dem Gebiete der inneren Politik für jetzt nichts zu vermerken; es sei denn daß wir noch einmal auf das Verwerfliche der Kumulation der Feiertage und Mißgungstage hinweisen, die bei uns noch immer herrscht, obwohl in Frankreich, wo zwei drei Millionen Katholiken 37 Millionen Katholiken gegenübersehen, alle Frohnleichnamssähnlichen kath. Feiertage auf die vorhergehenden oder nachfolgenden Sonntage verlegt werden.

Wie wir erfahren, arbeitet Graf Anton Széchen an einem Gesetzentwurf nicht über die Reform, wohl aber über die entgeltliche Konstituierung des Herrenhauses. Er gedachte seinen Entwurf in Begleitung eines Memorandums dem Ministerium zu überreichen.

Die stark propagirte Kandidatur-Gelegenheitschrift des Hofrathes Halle wird sowohl durch die „Politik“ als auch durch die „N. N. Z.“ als offizielles Aktionsprogramm betrachtet. In dieser Schrift wird als wichtigster Punkt in der künftigen Gestaltung der Dinge in Oesterreich erklärt: die Verwirklichung der angestrebten Selbstverwaltung der einzelnen Länder durch Vereinigung und Verschmelzung der politischen Landesbehörden mit dem Landesauschusse zu einer die gesammte Exekutive umfassenden, in Landesangelegenheiten dem Landtage, in Reichsangelegenheiten dem Ministerium verantwortlichen Landes-Verwaltungsbehörde, unter Leitung eines von der Krone ernannten, dem Ministerium verantwortlichen Landeschefs.

Die Wahlbewegung dauert in Oesterreich noch immer fort. Es erscheint bereits als ausgemachte Sache, daß sowohl die demokratische als auch die ultramentane Partei einzelne Kandidaten durchsetzen wird, der großen Reichsrathspartei aber immerhin noch eine — allerdings weniger gefähliche — Majorität verbleibt.

Wir lesen in der „N. N. Z.“:

Von dem Nieser'schen Memorandum, welches an die Adresse des Kaisers der Franzosen gerichtet war, haben Sie gelegentlich Notiz genommen; ich erlaube mir, nachdem dasselbe von Paris aus seinen Weg in die hiesigen Regierungskreise gefunden, und nachdem es notwendig von diesen Regierungskreisen vervielfältigt worden, eine Aufklärung hinzuzufügen, welche das Ministerium des Auswärtigen von dem allerdings nahe gelegenen Verdacht entlastet dem französischen Kabinett gegenüber eine Insubordination begangen zu haben. Nicht Graf Weist, sondern der damalige Minister des Innern, Dr. Giska, hat, wie ich verlässlich höre, jene Vervielfältigung veranlaßt, und durch ihn dürfte das Atteststück auch der „N. Fr. Fr.“ zugänglich gemacht worden sein.

Im Finanzausschusse des bairischen Abgeordnetenhauses wurde der Antrag gestellt, sämtliche Zulagsforderungen der Ministerien zu streichen. Die Majorität des Ausschusses ging jedoch auf den Antrag nicht ein.

Der „Konst.“ bemüht sich fortwährend, die Interpellation Mony's bezüglich der Gotthardsbahn als gänzlich bedeutungslos hinzustellen. Er sagt aus Anlaß der auch von uns reproduzirten Bemerkungen der „Nordb. N. Z.“ in dieser Frage:

„Frankreich will nur, daß die Gotthardsbahn einzig und allein von dem neutralen Staate abhängt, den sie durchschneidet; da Preußen so vollständig geneigt ist, diese Neutralität zu versichern, so hat die „Nordb. N. Z.“ Recht, zu glauben, daß die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern durch die Interpellation Mony's nicht berührt werden.“

Ricard richtet von Montpellier aus an die „Liberté“ ein Schreiben, worin unter Anderem gesagt wird:

„Meine Politik ist die der „liberalen Union“, welche, um die persönliche Regierung zu stützen, die Allianzen annimmt, in Folge deren ich in Montpellier erannt worden bin; gleichzeitig aber einem Jeden seinen politischen Glauben vorbehalt. Ich bin für die von der Nation angenommene Republik, aber gegen die Republik göttlichen Rechts und ich bin wie Sie sich wohl denken können, keineswegs geneigt, dem Papst Olliviers zu folgen. Ich will keine konstitutionelle d. h. keine dynastische Linke gründen, sondern im Gegentheil eine Opposition, die überhaupt nicht dynastisch ist,

weder im Sinne des Kaiserreichs, noch selbst in dem der Republik. Nach meinem Gefühl ist es unsere Aufgabe, die Volkssouveränität, welche durch das Plebiszit gefestigt wird und nur in den Beratungen einer aus freien Wahlen hervorgegangenen Vertretung ihren Ausdruck finden kann, wieder auszurichten. Diese Aufgabe genügt meinem Ehrgeiz und ich würde stolz sein, sie durchgeführt zu haben. Ich gebe Ihnen diese Einzelheiten, um Sie über eine Situation aufzuklären, welche von Weitem dunkel scheinen kann, aber eine klare und sehr uneigennütige ist; denn glauben Sie es nur: es handelt sich weder darum, Minister zu werden, noch dem Kaiserreich Vorspann zu leisten. Auch ich glaube, daß die Rolle eines Abgeordneten der Opposition am Staatsruder eine sehr falsche ist, und ich gestatte Niemanden, mir die Erklärung in den Mund zu legen, daß ich in die Regierung eintreten würde, wenn mein Programm angenommen worden wäre.“

Ein großes Anti-Infallibilitäts-Meeting steht in der Schweiz bevor. Wie es heißt, soll in Bern während der nächsten Juli-Session der eidgenössischen Räte vor dem Bundespalast eine von dem Langenthaler Initiativkomité angeordnete Massendemonstration zur Unterstützung der von der Volksversammlung in Langenthal am 3. April erlassenen Adresse an den Bundesrath stattfinden, welche bekanntlich im Hinblick auf das ökonomische Konzil und seine Beschlüsse von den Bundesbehörden energische Zurückweisung aller klerikalen Uebergriffe verlangt. Man rechnet auf eine Theilnahme von 30—40,000 Personen, welche zu dem Meeting aus allen Theilen der Schweiz zusammenkommen sollen.

In Warschau werden alle Fremden wegen der bevorstehenden Ankunft des Czaren streng überwacht. Man will einem Komplotte gegen das Leben Alexanders auf die Spur gekommen sein. Wie denn auch nicht?

Ueber den persisch-türkischen Konflikt wird gemeldet, der türkische Großvezier habe auf den persischen Protest wegen Besetzung dreier Grenzörter durch die Truppen Mirhat Paschas dahin geantwortet, daß der hohen Pforte nichts mehr am Herzen liege, als bis zur Beendigung der im Gange befindlichen Grenzregulirung den status quo hinsichtlich der Grenze aufrechtzuhalten, und daß die Regierung des Sultans mit Freunden konsultire, daß das Kabinett von Teheran von demselben Wunsche befehle sei. Indes die drei fraglichen Örtler seien türkisch und könne sich die persische Regierung darüber ganz einfach durch eine Anfrage bei der bestehenden gemischten Grenzregulirungskommission Gewißheit verschaffen, wenn sie es nicht vorziehe, einen Special-Kommissarius abzuschicken, um an Ort und Stelle die Thatsache festzustellen. Diese Antwort dürfte in Teheran schwerlich befriedigen.

(K.) Waizen, 17. Juni. (Orig.-Korr.) (Das Leichenbegängniß Alex. Drágy's.) Mit ungewöhnlichem Pompe und unter massenhafter Betheiligung der Wagnier Bevölkerung und zahlreicher Gäste aus der Hauptstadt wurde die irdische Hülle des Reichstagsabgeordneten Alexander Drágy zur Ruhe bestattet.

Nach den üblichen Ceremonien setzte sich der imposante Zug in Bewegung. Voran die Schulkinder der reformirten, jüdischen und lutherischen Schulen; ein berittenes Banderium mit Trauerfahnen; der große Wagnier „Volgári lö“, dessen Gründer und Präsident der Verbliebene war; die Deputationen des Pesther „Volkklub“ und des Diner „liberalen Klubs“, die Wagnier „Dalárda“, das Kasino, die Wagnier Sparta, der Industrieverein, der Schützenverein, die Reichstagsabgeordneten unter Führung der Herren: Koloman Gyoczy und Paul Nyáry, dann zahlreiche Vertreter der Presse. Sämmtliche Wagnier Vereine und Korporationen waren vertreten; nur die Klerikel glänzte durch ihre Abwesenheit, gewiß zur größeren Ehre Gottes.

Vor dem offenen Grabe ergriff das Mitglied der Reichstagslinks Herr Julius Györffy das Wort und schilderte bereit das patriotische und uneigennütige Streben und Wirken des „Anwalt des Volkes und der Armen“ (a nép és szegények prókátora) wie er treffend Drágy nannte.

Alex. Drágy ist 1818 in Balfert geboren. Das Jahr 1848 fand den talentvollen jungen Advokaten in den Reihen der Freiheitskämpfer. Seine politische Laufbahn begann er im Jahre 1867 und zeichnete sich in den Sachsitungen und Klubberatungen durch unermüdelichen Fleiß aus. Sein geschwächter Gesundheitszustand erlaubte ihm jedoch nicht, häufig auch in offener Sitzung das Wort zu nehmen. Nicht unerwähnt können wir lassen, daß Drágy einige Augenblicke vor seinem Tode sich mit einem seiner Freunde über die Reformbewegungen unterhielt und sich sehr günstig über dieselben aussprach. Friede seiner Asche!

Wien, 16. Juni. (Giska und Kuranda.) Die Kandidaten der inneren Stadt Wien für den niederösterreichischen Landtag und mittelbar für den Reichsrath sind Giska und Kuranda. Der Kandidatenrede Giska's entnehmen wir folgende Sätze:

Ich bin in der relativ glücklichen Lage, in diesem Augenblicke mich Ihnen nicht als Neuling vorführen zu müssen. Sie haben sich wahrscheinlich Ihr Urteil gebildet, und hätten Sie es nicht, ich würde mich nicht unterfangen, es gegenwärtig erst im Sturme zu erobern. Sie werden sich auch, meine Herren, namentlich Sie, meine Herren Mitglieder von Wien, ein Urteil darüber gebildet haben, inwiefern ich in meiner Stellung die Gelegenheit wahrgenommen habe, im Interesse der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu wirken. (Beifall.)

und vielleicht den glücklichen Moment zu erfassen in der Lage war, der für Wiens Zukunft von der allergrößten Bedeutung ist. (Beifall.) Soll ich über jenes Programm jetzt reden? Das ziemt nicht dem zurückgetretenen Minister. Soll ich über die gegenwärtige Lage reden? Ich würde nur Bekanntes sagen. Eines muß ich laut und entschieden bekennen: Ich stehe zum Programme, das die Parteigenossen vom 22. Mai in Wien entworfen haben, und welchem ich, bei der Versammlung anwesend, zugestimmt habe. Ich belege es auf das Tiefste — Sie mögen dies einem warmen, patriotisch gesinnten Herzen als wahrhaftig gesagt glauben — daß so geringe Unterschiede, die zwischen dem einen und dem anderen Programme von einzelnen Männern ausgesonnen worden sind, die deutsche Bevölkerung im Hauptstadt und Land auseinander bringen.

Fragen Sie nach einem wesentlichen Unterschiede zwischen dem Programme vom 22. Mai und dem Programme, das eine Reihe so hochachtbarer Vereine unlängst vereinbarte? Glauben Sie, meine Herren, daß die Einen und die Anderen nicht gute Oesterreicher sein wollen, daß sie sich nicht als Deutsche fühlen? Glauben Sie, daß Jemand den verfassungsmäßigen Weg verlassen, daß Jemand den Ausgleich mit Ungarn zerstören, die freiherrliche Entwicklung zurücklassen will? daß Jemand einem gewissen Vertrage, den ich nicht näher bezeichnen will, denn Jeder hat ihn vor Augen, im Kopfe und im Herzen, auch nur einen Augenblick das Wort reden möchte? Wo ist also der Unterschied, daß gleichgesinnte und überzeugungstreue Männer auseinandergehen? Eine Frage aber, meine Herren, bin ich mir schuldig zu erwähnen, das ist die Wahlreformfrage. Ich bin über diese Frage aus dem Amte, in das mich das Vertrauen unseres allergnädigsten Kaisers berufen hatte, zurückgetreten; ich erkannte die Nothwendigkeit, daß durch direkte Wahlen allein die Stankheit, an der Oesterreich vor Allem leidet, geheilt werden kann — die Krankheit, daß wir nicht politische, sondern überwiegend nationale Parteien haben; ich erkannte, daß nur auf diesem Wege die Bildung wirklich politischer Parteien und damit ein wahres, konstitutionelles und freiherrliches Leben begründet werden kann. Ich trat zurück, weil die Wahlreform nicht durchführbar war, nicht durchführbar erschied. Erlassen Sie mir, die Gründe auszuführen; sie sind mehr oder weniger bekannt. Aber das, was ich damals als Ballast auf das Schiff nehmen wollte, das erkannte ich als Ballast (Beifall), als das, was nothwendig war im Augenblicke, um das große Prinzip möglichst rasch durchzuführen. Und daß ich richtig erkannt habe, haben wenige Monate bestätigt. Daß ich aber das, was ich im Augenblicke für nothwendig hielt, nicht prinzipiell festzuhalten beabsichtigte, dafür bürgt Ihnen mein Wort. Ich schließe mit der Erklärung, daß ich das, was ich in meinem Leben versprochen, jederzeit gehalten. Daß man in mich vielleicht ein zu hohes Vertrauen gesetzt und ich dieses nicht erfüllt, dafür kann ich nicht; aber was ich zugehört, habe ich jederzeit gehalten und werde es thun, so lange eine Seele in meinem Körper lebt. Schenten Sie mir nicht mehr Ihr Vertrauen, meine Herren, ich werde den Mann Ihres Vertrauens herzlich begrüßen. (Minutenlanger brausender Beifall.)

Kuranda äußerte sich über die Frage der Herrenhausreform wie folgt:

Die Reform des Herrenhauses ist eine Frage, über welche die Ansichten noch nicht genügend gefaßt sind. Es ist der Vorschlag gemacht worden, das Herrenhaus in eine Landesversammlung zu verwandeln. Allein dann hätten wir die Gefahr, daß diejenigen Entscheidungen, die wir durch die direkten Wahlen in das Abgeordnetenhaus verbannt wollen, wieder aussersehen, darum hängen wir wieder von den Landtagen ab. Darum kann von einer solchen Institution keine Rede sein, so lange die jetzigen Nationalitätswirren nicht geklärt sind. Und ferner müssen wir erwägen, daß gegenwärtig das Abgeordnetenhaus der entscheidende Faktor ist, dem das Herrenhaus auf die Länge nicht widerstehen kann. Ein weit stärkeres Augenmerk könnte uns ein Länderhaus sein. Wo es selbst eine Ruthe schleichen, die unseren Gegnern zunutze käme. Noch haben wir, meine Herren, einen großen Berg zu übersteigen, den der direkten Wahlen; zerplittern wir unsere Kraft nicht, gehen wir vorläufig in dem Einen Punkte vorwärts, über welchen Einigkeit herrscht unter unseren verschiedenen politischen Parteien. (Bravo! Bravo!) Ich komme nun zu den Forderungen Galiziens. Meine Herren! Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Opposition Galiziens gar nicht so gefährlich ist, wie sie aussieht, und ganz gewiß nicht im Entferntesten so gefährlich, wie die von Böhmen. Die Polen wissen, daß sie in ihrem Innern gleichfalls nationale Opposition haben, die der Ruthenen, und das macht sie weichtüftiger (Geisterleit); sie haben das Bewußtsein, daß Oesterreich das einzige Land ist, in welchem ihnen ein warmes Plätzchen gewahrt ist; sie wissen, daß Oesterreich in ihrem Interesse erhalten bleiben muß, weil es die einzige Schutzmacht für sie ist. Darum ist ihre Seiner Majestät keineswegs so hart, und unter einer kräftigen Regierung wird dieselbe verschwinden sein.

B. K. B. Berlin, 15. Juni. (Die Berliner Pastora-

konferenz) wurde heute früh 8 Uhr mit ungefähr 200 anwesenden geistlichen und nichtgeistlichen Personen durch den Vorsitzenden Pastor Orth eröffnet. Das Thema, was zunächst zur Verhandlung kam, war die Lage der lutherischen Kirche in den alten preussischen und den neuen Provinzen. Der erste Referent, Konsistorialrath Bied aus Erfurt, wies in seinem Vortrage darauf hin, daß man das Thema deshalb gewählt habe, um feste Position zu nehmen gegen solche, welche behaupten, man könne und dürfe in Preußen nicht mehr von einer lutherischen Kirche sprechen. Dieser Kirche sei durch die Kabinettsordres von 1834 und 1852 ausdrücklich das Recht ihres Bestehens gewährt. Man hat geglaubt, daß sei jedoch nicht so. Die Konsistorien schlugen ein ganz ungleiches Verfahren bei der Ordination der Geistlichen ein, reformirte Prediger wurden in lutherische Gemeinden berufen und umgelehrt; die Sendeformel beim Abendmahl werde nicht immer streng beobachtet u. dgl. Die Gemeinden wurden immer lauer, ja selbst unter den Geistlichen zeigte sich eine Indifferenz, die für die Kirche mindestens ebenso schlimm wie der Protestantenverein sei. Dazu komme noch, daß die Lutheraner in den neuen Provinzen sich ganz ungebührig absondern, ihren ausländischen Glaubensbrüdern das Abendmahl verweigern u. dgl. Trotzdem sei die Lage der lutherischen Kirche nicht hoffnungslos, wenn sie nur die ihr zu Gebote stehenden Mittel richtig anwende. — Der zweite Referent, Superintendent Rocholl aus Göttingen, verteidigte die Absonderung der Lutheraner in den neuen Provinzen vornehmlich mit der Forderung der Einlegung eines lutherischen Oberkonsistoriums neben dem evangelischen Kirchenrathe und der Emanirung eines lutherischen Feldpredikers neben dem unirten; so lange das nicht geschehe, sei die

lutherische Kirche in ihrem Bestande nicht garantirt. — Pastor Zeiger (Hannover) erklärte den Ausschuss der lutherischen Kirche der alten Provinzen für Gewissenssache der hannoverschen Pastoren, die längst erkannt hätten, daß in ihrem Bekenntnisse das allein wahre Fundament des Glaubens sei. Dem gegenüber wurde auf die Toleranz hingewiesen, deren sich die lutherische Kirche notorisch unter der Union erfreut. Der Präsident des Konfessionsrats der Provinz Brandenburg, Hegel, meinte: die Exklusivität der hannoverschen Lutheraner erklärte sich aus politischen Motiven; sie könnten noch nicht das vrechliche Herz verstehen, das ena mit seinen frommen Königen verknüpft ist. Diese Zeit werde aber kommen. Die Forderungen der Hannoveraner auf Einsetzung einer lutherischen Zentralbehörde fand nur in Suveränen-identem Hammer fürsprache. — Eine bestimmte Erklärung seitens der Konferenz im Sinne der Diskussion wurde nicht beliebt; das sei zu „zeitgemäß“ in diesem papierenen Zeitalter der Lüge.

(—) Paris, 14. Juli. (Orig. Corr.) Die anhaltende Dürre und die Mißfälle häufigen Unwobstheins beim Kaiser beschäftigten alle politischen Kreise. Letzteres ist wohl weniger ernst, da Napoleon III. vergangenen Sonntag einen leichten Gichtanfall hatte, demungeachtet aber das Bett verließ, um dem Bettrennen in Longchamps anzuwohnen. Bei der gestrigen Montagsfeier der Kaiserin konnte er zwar nicht erscheinen, doch war er heute schon im Stande das Bett zu verlassen. In Betreff der großen Trockenheit wird die Regierung in kurzer Zeit Maßnahmen ergreifen müssen, die die großen Besorgnisse aller besitzenden Klassen einigermaßen verschmücken dürften. Es sind hier Amerikaner angelangt, die dem Gouvernement Vorschläge behufs einer regelmäßigen Verproviantirung Frankreichs unterbreiten werden.

Das Wahlgesetz, mit dem das Ministerium sich trägt, ist bis jetzt aus dem Gissai eines schüchternen Versuchs noch nicht herausgetreten, und hängt dessen Schicksal von der Aufnahme der Cuvot-Montparnaischen Amendements in der Kammer ab. Die Reden, die der Historiker Sybel und Graf Wisniak über die St. Gotthardbahn gehalten, waren derartig angehan, um die Aufmerksamkeit Frankreichs auf sich zu lenken. Die hierauf bezüglich angekündigte Interpellation im gesetzgebenden Körper wurde aber von verschiedenen bei der Simphonbahn mehr oder minder direkt Betheiligten angeregt. Das französische Kabinet besitzt jedenfalls genug Einsicht und Kenntniß der hierbei wirkenden Triebfedern, um die vorerwähnte Interpellation auf ihr verdientes bescheidenes Maß zu rebuziren.

(F. C.) Paris, 14. Juni. Erst in der heutigen Sitzung richtete Herr Dréolle an den Minister des Aeußern den bereits angekündigten Antrag auf Mittheilung von Aktenstücken, welche sich auf die egyptischen, italienischen und spanischen Angelegenheiten beziehen. Der Herzog von Grammont antwortete, daß die Unterhandlungen mit den genannten Mächten in diesem Augenblicke zu keinem Abschluß gelangt wären, daß er daher für jetzt keine Schriftstücke mittheilen könne und es für angemessener halte, die gewünschten Aufschlüsse bis zur Budgetdebatte zu vertagen; das Kabinet wolle sich deshalb keineswegs der Kontrolle der Kammer entziehen, aber einstweilen unter seiner Verantwortlichkeit handeln, überzeugt, daß es in der Budgetdebatte das Vertrauen des Hauses erwirken werde. Herr Dréolle entgegnete, daß man Unrecht habe, die Debatte über die auswärtige Politik zu vertagen, bis nur vollendete Thatsachen vorlägen. Herr Glais-Bizoin klagt, daß die römischen Angelegenheiten schon seit Jahren „schwebend“ wären und sich also nach der Theorie des Ministers fortwährend der Prüfung in diesem Hause entziehen müßten. Herr von Kératry fragt, welcher Unterschied zwischen dem gegenwärtigen Kabinet und dem Ministerium Rouher wäre, da beide hinsichtlich der auswärtigen Politik nur mit vollendeten Thatsachen vor die Kammern treten wollten. Herr Jules Ferry schließt sich diesen Worten an, worauf Herr Emil Olivier in einer bei ihm nicht seltenen Anwendung hochmüthiger Naseweisheit dem Herrn von Kératry zuruft: „Wir legen keinen Werth auf Ihre Meinung.“ Die Linke antwortet mit stürmischen Protesten. Herr von Kératry: „Sie beweisen nur, daß sie unhöflich sind!“ Nachdem noch Herr Bethmont die Frage im Sinne des parlamentarischen Prinzips formulirt und Herr Olivier zugegeben hat, daß er sich durch eine seiner Meinung nach ungerechte Parallele zwischen dem Kabinet vom 2. Januar und dem Ministerium Rouher zu einer unhöflichen Aeußerung habe hinreißen lassen, wird der Zwischenfall geschlossen und die Verhandlung über die gerichtlichen Anzeigen wieder aufgenommen, worüber morgen das Weitere. Einstweilen sei nur erwähnt, daß die Herren Glais-Bizoin und Esquinot ihren Antrag dahin amendirt haben, daß der Generalrath in jeder Session das Minimum der Auflage feststellen soll, welche ein Blatt haben muß, um auf die Zuweisung der gerichtlichen Inserate Anspruch machen zu können, und daß ebenfalls der Generalrath den Preis dieser Inserate für jedes Arrondissement zu bestimmen habe.

Die Budgetkommission hat zum Voranschlage für den öffentlichen Unterricht den Betrag von 500,000 Frs. für Lehrerinnen aus-geworfen.

Das linke Centrum hält heute Abend eine Sitzung. Man spricht in der Kammer viel von Unterhandlungen wegen einer Allianz zwischen dem rechten und linken Centrum. Beide Parteien wollen das Ministerium stützen, aber gewisse Punkte vereinbaren, in welchen sie dem Kabinet ihren Willen aufzwingen würden; zu diesem Behuf soll eine Art von gemischter Kommission niedergesetzt werden, die von Fall zu Fall dem Ministerium rechtzeitig den Standpunkt dieser rekonstituirten Majorität klar zu machen hätte. Es ist dies in der That der einzig mögliche Weg, die zahlreichen Klippen der Budgetdebatte ohne die sich unaufhörlich erneuernde Gefahr von Ministerkrisen zu umschiffen.

Folgendes sind bisher, wenn man der Statistik des „Public“ glauben darf, die Ergebnisse der Generalrats-Wahlen. Auf 450 Kantonen zählt man 258 wiedergewählte Generalräthe, von denen 253 der konservativen und 5 der radikalen Partei angehören. Von den 143 neugewählten Kandidaten sind 118 der konservativen und 25 der radikalen Partei beizuzählen. Der Begriff: konservativ scheint hier im allerweitesten Sinne genommen zu sein. Von siegreichen Demokraten nennt man heute Herrn Grémieux in der Drôme, den Dr. Cornil im Allier, Herrn Renaud-Morliere in der Mayenne, Herrn Raspail, einen Neffen des Abgeordneten, in der Vaucluse und die Herren Ferrouillat und Andrieux in Lyon. Dagegen ist Herr Javal in der Stadt Sens dem konservativen Kandidaten unterlegen.

Es gilt nun für entschieden, daß der Komplott-Prozess und

zwar unter dem Vorhild des Herrn Jangiacomini in Blois verhandelt werden wird. Das entsprechende Dekret soll künftigen Samstag im „Journal officiel“ erscheinen.

Die „Marseillaise“ wird nach Ablauf der zwimonatlichen Suspendenzfrist vom 18. Juli ab wieder erscheinen. Einer ihrer Mitarbeiter, Herr Germain-Casie, welcher unter der Anschulldigung der Theilnahme an dem Komplott 45 Tage lang in der Haft von Mazas gehalten und dann wegen Mangels an jeglichem Beweise auf freien Fuß gesetzt worden ist, beabsichtigt, wie die „Viberte“ hört, deshalb einen Entschädigungsprozess gegen die Regierung einzuleiten.

Der Protest der Bischöfe gegen den Gewalt-freieich auf dem Konzil.

Nachstehend veröffentlichen wir nach der „Augsb. Allg. Ztg.“ den Wortlaut des Protestes der Oppositionsbischöfe gegen den gewaltthätigen Schluß der Generaldebatte über das Infallibilitätsdogma. Derselbe stammt aus der Feder des Kardinals Rauscher und wurde, mit 93 Unterschriften versehen, am 5. d. M. vor Eröffnung der Spezialdebatte an die Präsidenten abgegeben.

Hoch-ehrwürdige Herren! Aus dem Munde der Konzilien selbst folgt, daß die Befähigung, einem Votum die begründenden Motive, auf welche dasselbe sich stützt, beizugeben, nicht das ausschließliche Privilegium einiger Väter, sondern ein Allen gemeinsames Recht ist, und dieses muß um so gewissenhafter gewahrt werden, je bedeutender die in Frage stehende Angelegenheit ist. Die allerbedeutendste Angelegenheit aber ist eine Definition, welche dem christlichen Volk irgendeine Lehre als eine von Gott geoffenbarte vorlegt. Jenes uns nach der Tagesordnung zugeschriebene Recht wird in den Generalkongregationen geübt, darum können die durch Stimmenmehrheit überwindenden die Diskussion nicht zum Abbruch bringen, ohne das Recht der Väter, welche ihre Stimme abzugeben im Begriffe stehen, zu schädigen. Dies aber ist gethan worden, und darum thun wir euch, hochan- und ehrw. Vorstehende, solches hiermit kund, auf daß unser Protest, betreffend das Recht der Väter, ihrem Votum die Gründe beizufügen, offen bezeugt werde und bleibe.

Die wir im übrigen mit ausgezeichnete Verehrung ver-harren. Rom, 4. Juni 1870. Eurer ehrwürdigsten Eminenzen demüthigst gehorsamste aufrichtige Diener.

Reichstagsverhandlungen.

(Unterhaus-sitzung vom 17. Juni.)

Präsident: Sornisch. Auf der Ministerbank: Rajner und Festetics. Nach Verlesung und Authentisirung des Protokolls der letzten Sitzung meldet der Präsident das Ableben des Abgeordneten Alex. Dragay; das Haus beschließt protokolllarisch seine Kondolenz aus-zudrücken.

Der Bericht der Wirtschaftskommission über das Budget des Hauses wird in Druck gelegt; der Präsident macht darauf aufmerk-sam, daß darin zum ersten Male auf den erhöhten Wohnungsbeitrag Rücksicht genommen sei.

Graf Paul Esterházy bittet um 3-wöchentlichen Urlaub, welcher ihm bewilligt wird. Verschiedene Einläufe werden vom Präsidenten angemeldet; einige Petitionen, meist privater Natur, von den Abgeordneten: Bubay, Kovács, Bobrov, Franyi, Bajda und Gyöffy eingereicht und werden sämtlich an die betreffenden Kommissionen gemiesen.

Minister Paul Rajner reicht einen Gesetzentwurf über einen Nachtragskredit zur Aufrethaltung der persönlichen Sicherheit im Lande ein und bittet, denselben dem Finanzausschusse sofort zuge-weisen. Er drückt sein Bedauern darüber aus, daß er auf Ernst Si-monp's bekannte Interpellation in Betreff des Municipalgesetzes, wegen Abwesenheit des Deputirten nicht antworten könne und ver-spricht in der nächsten Sitzung darauf zu antworten. (Zustimmung.)

Hierauf werden die Berichte des Zentralausschusses über die Neuhäusel-Trencsiner-Bahn, und über das zu errichtende Post- und Telegraphenhaus für den Druck bestimmt und für Montag auf die Tagesordnung gesetzt.

Der Gesetzentwurf über die Ablösung der Kettenbrücke wird den Sectionen zugewiesen und wennmöglich auch am Montage zur Verhandlung zu gelangen.

Für morgen wird auf 12 Uhr eine kurze Sitzung anberaumt, worauf die Sitzung um 11 Uhr schließt.

Der Motivenbericht zur Refundirung der Do-nau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

(Siehe unsere Artikel in den Nrn. vom 2., 7. April und 19. Mai.)

Feit, 15. Juni.

Die consequente Durchführung des Spruches „Sand in die Augen“ scheint sich der gewesene ungarische Finanzminister zur Hauptaufgabe gemacht zu haben; all seine Elaborate und Kundge-bungen gehen darauf hinaus, das Wesen einer Sache zu entstellen, oder in solchem Lichte darzustellen, daß der Minderereingeweihte da-durch irreführt werden muß. Ein Meisterstück nach dieser Richtung hin lieferte Herr von Lónyay in seinem Motivenbericht. Wir wollen aber von den vielen Entstellungen nur Eine herausgreifen, welche ganz speziell auf den von uns zu besprechenden Gegenstand Bezug hat. Herr von Lónyay sagt wörtlich:

„Bezüglich der Mobsch-Jänstschner Bahn wurden dem unga-rischen Staat all die wesentlichen Vortheile vor-behalten, welche demselben seinerzeit kontraktualiter ausbedungen wurden.“

Nun eine krasser: Entstellung der Thatsachen ist uns nicht sobald vorgekommen, die „seinerzeit contractualiter ausbedungenen Vortheile“ sind im §. 9. des Addition-al-Vertrages vom Jahre 1853 wie folgt präzisirt:

„§. 9. Die Staats-Verwaltung hat auch noch vor Beendigung der im §. 6. festgesetzten 45jährigen Frist das Recht, der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft den Betrieb der im §. 1. erwähnten Eisenbahn-Strecke halbjährig aufzukünden und von der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu übernehmen.“

In diesem Falle ist jedoch die Staats-Verwaltung verpflichtet, der Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft denjenige Theil der von ihr der Staats-Verwaltung nach §. 3. übergebenen Bausumme zu-rückzuerstatten, welcher nach den im vorgehenden Paragraph erwähn-ten Tilungspläne noch nicht zur Abschreibung zu gelangen hatte.“

Zu dem in Wien und Pest vorgelegten Vertragent-wurf lauten die §§. 2 und 3 wie folgt:

„§. 2. Die Erste Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft hat dem-nach von diesem Tage an keinen Anspruch auf Staats-Garantie, noch auf irgend eine andere Staats-Subvention oder Entschädigung, dieselbe hat hingegen von demselben Tage an das vollstän-dige Eigenthums- und Verwaltungsrecht al-

ler ihrer für die Schifffahrt angeschafften Mobilien und Inmobilien und werden bei Ausübung dieses Rechtes nur bis in den Gesellschafts-Statuten enthaltenen, sonstigen, nicht aus dem Garantie-Verhältnisse herrührenden Bestim-mungen maßgebend und bindend sein.“

§. 3. Zu dem im vorgehenden Paragraph erwähnten Ge-sellschafts-Eigenthum gebört jedoch die im Betrieb der Ersten Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft stehende Staats-Eisenbahn Jänstschner-Mobsch nicht.

Wiesmehr wird das Uebereinkommen vom 20. Juli 1853 und das Additional-Uebereinkommen von 1861 mit alleiniger Ausnahme des §. 9. dieses Vertrages aufrecht erhalten; in Bezug auf diesen Paragraph verzichtet die ungarische Regierung ausdrücklich auf die Dauer von 30 Jahren die vom Beginn des Betriebes an zu rechnen sind, auf das der Staats-Verwaltung, in dem nunmehr außer Wirksamkeit gesetzten §. 9. vorbehaltene Recht der auch stilleren halbjährigen Kündigung.“

Wie kann da Herr von Lónyay behaupten, daß „all die wesentlichen Vortheile für den ungarischen Staat“ vorbehalten seien, da doch der §. 3. des Abßigungsver-trages eine so ungeheure Rechtsverzichtung in sich schließt? Als wollte man diese eine Anstalt mit allen möglichen Beneficien überschütten soll ihr außer dem Geldgeschenk von fl. 7.981,916 noch eine Konzession auf eine dem Staate gehörige Bahn, auf die Dauer von 30 Jahren ertheilt werden, ohne daß für beide Konzessionen irgend eine Gegenleistung von der Gesellschaft gefordert würde.

Wir haben in den am Titel zitierten Artikeln die Gemein-schädlichkeit der ganzen Abmachung darzulegen, und wol-len hier nur das eine erwähnen, daß die Regierung mit diesem Ab-lösungsvertrage eine ganz besondere Inconsequenz begeht, denn während nach der einen Seite hin gewünscht wird, daß sich das unga-rische Verkehrsnetz kräftige und man als Faktor hinzu die Ver-einigung der kleineren Dampfschiffahrts-Gesellschaften in ein großes Unternehmen betrachtet, wird nach der andern Seite hin eben diese Abßicht paralysirt. Denn wenn auch die Fusion zu Stande kommt so wird diese neue große Gesellschaft unmöglich neben einem Unter-nehmen aufkommen können, welches an und für sich solvent, kräftig und reich, überdies par la grace de Lónyay mit 8 Millionen Gulden und einer 30 Jahre lang pachtfreien Bahn beschenkt wurde.

Die Chancen sind da so ungleich, daß von keiner Konkurrenz, sondern nur von einem einseitigen Erdrücken die Rede sein kann. Ob es aber gerechtfertigt ist, aus dem Säckel der Steuerzahler, und mit Bedrohung der Existenz der 5 bis 6 kleineren Gesellschaften, einem ohnehin wohlthätigen Unternehmen ein so immenses Geschenk zu machen, das geben wir erstens dem Reichstag und zweitens dem neuen Finanzminister zu bedenken. Wir wollen hoffen, daß wir nicht vergeblich nun schon zum 5-ten Male die Stimme erheben in einer Sache, wo es unser Gewissen gebietet ein zu geschlechendes Unrecht zu verhüten.

Es wird uns wohl von der andern Seite entgegengehalten werden, daß durch dieses Abkommen ein für alle Male das Risiko einer Zinsengarantie abgeschüttelt werden soll; nun dieses Risiko ist nur imaginär, denn die Betriebsausweise dieser Gesellschaft liefern nun schon seit 4 Jahren Ueberüberschüsse, und auch der am 30. Mai der Generalversammlung vorgelegte Rechnungsabßchluß pro 1869 ergiebt, nachdem fl. 98.521,47 in den Reservefond gelegt wurden, eine Super-dividende von fl. 9. 77 $\frac{1}{2}$ kr. per Actie, so daß der Septembercoupon inclul. der 5 Percent Zinsen mit fl. 22,90 kr. wird eingelöst werden. Daß das Jahr 1869 für alle Verkehrs-Anstalten ein entschieden schlechtes war, wird Jedermann zugeben, nun hat die Gesellschaft in einem anerkannt schlechten Jahre Superdividende, so ist das Risiko der Zinsengarantie nicht so groß — vielmehr beinahe gar nicht vor-handen — und es entfällt der einzige Grund, welcher uns entgegen gehalten werden könnte.

Da durch den Rücktritt des Ministers Breßtl der Ablösungsver-trag — auch im Wiener Reichsrathe noch zu keiner definitiven Be-schlußfassung kam, so entfällt auch die Ausrede auf eine „Zwangslage“ und Ungarn kann in dieser es hervorragende betreffenden An-gelegenheit ganz unbehindert verfügen, und so wollen wir denn hoffen, daß diese Angelegenheit unter Wahrung des Interesses des vaterlän-dischen Verkehrs und der ungarischen Finanzen entschieden werde.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 17. Juni. Heute Früh fand bei Hullein ein Zusammenstoß zweier Züge auf der Bahn statt. Zwei Per-sonen sind todt und zwei Frachtwaggons mit Schweinen wur-den zertrümmert.

Paris, 15. Juni. Die Einnahme des gesammten lombardischen Eisenbahnnetzes betrug in der Woche vom 4. bis 10. Juni 2.697,636 Francs, das ist eine Mindereinnahme von 69,315 Francs gegen die entsprechende Woche des Vor-jahres.

Paris, 16. Juni. Der „Constitutionnel“ dementirt das Gerücht von der Erkrankung des Prinzen Napoleon.

Fürst Latour d'Auvergne wird sich erst im Oktober nach Wien begeben.

Paris, 16. Juni. Im gesetzgebenden Körper inter-pellirt Kératry den Kriegsminister über die beunruhigenden Gerüchte, bezüglich der Expedition nach Marocco. Die Beant-wortung der Interpellation wurde jedoch wegen Abwesenheit des Kriegsministers vertagt.

Paris, 17. Juni. Der Kaiser ist wieder vollkommen hergestellt. Der Prozess gegen die Societé international be-ginnt Mittwoch.

Wien, 17. Juni. (Eröffnung) Kreditaktien 254.60, Nord-bahn —, Staatsbahn —, Lombarden 195.20, 1860er —, 1864er —, Napoleonsbör —, Ung. Kreditaktien —, Ga-lizier 310.50, Anglo-Austrian 310.50, Franco-Austrian —, Frank-wag —, Baubank —, Volkbank —, Färntschner —, Dampfschiff —, Anglo-Hung. —, Bankaktien —, Ung. Lofe —, Matt.

Wien, 17. Juni. (Vorbörse.) Kredit 254.90, Staatsbahn —, Lombard 195.20, Franco-Austrian —, Anglo-Austrian 305.50, Trauway 209. —, Napoleonsbör 9.50 —, 1860er —, 1864er —, Ung. Kreditakt. —, Anglo-Hungarian —, Franco-Hungarian —, Verkehrsbank —, ungar. Grundbesitzungen —, Rente —, ungar. Eisenbahnanlehen —, Alßöld —, Nord-Dübahn —, Kaschau-Oderberg —, ungar. Ostbahn —, Kreditloos —, Frankfurt —, London —, Paris —.

preuß. Kasanenweisungen —, Dutaten —, Silber —, Silberrente —, Galizier —, Verbahn —, österreichische Volksbank —, Ung. Lofe —, Felt.
Frankfurt, 16. Juni. (Abendblätter.)

* Ein entsetzliches Ereignis wird aus dem Orte Gragab im Torontaler Komitat berichtet. Dort warf eine Bäuerin ihre zwei Knaben im Alter von 5 und 8 Jahren in ihren Hausbrunnen und stürzte sich mit einem dritten jährigen Kinde nach.
* Gefährliches Quartier. Vor kurzem sollte in Binga von den Honvéds Quartier genommen werden und einer von der Schaar, der den Quartierherrn zufällig nicht vorfand, erbat sich von der Frau des Hauses eine Stube.

In Getreide war der Umsatz ca. 30-35,000 Str., Maßweizen hat sich mit 10-15 kr. gehoben, während mittel Exportweizen beinahe ohne Verkehr blieb.
In Effekten verkehrte die Börse in ruhiger Haltung, Mühlenpapiere waren etwas matter, der Verkehr beschränkt.

Amthliches.

Auszeichnungen. Dem gewesenen Ministerialrath des Handelsministeriums Anton Hübner und dem Direktor des Ung. Astenburger landwirtschaftlichen Instituts Dr. Anton Nafsch wurde das Ritterkreuz des Leopoldordens verliehen.
Ernennungen. Rudolf Schröder zum Professor der Hüttenkunde an der Schenninger Montanakademie.

* Gefahr vom Viebchen. Am 12. d. kam in Graz ein Pester Waidmännin an, welcher die ersten Stunden seiner Anwesenheit in der steierischen Hauptstadt dazu benutzte, um mit einer fieschen Steierin eine intime Bekanntschaft anzuknüpfen.
* Sport. Bei dem am 12. d. im Bois de Boulogne abgehaltenen Weltrennen, welches vom schönsten Wetter begünstigt und von mehr als 200,000 Menschen besucht war, wurde der große Preis der Stadt Paris, bestehend in 100,000 Francs und einem vom Kaiser geschenkten Kunstgegenstand, von dem französischen Pferd „Sornette“ (Eigentümer Herr Charles Lafitte) gewonnen.

Paris, 14. Juni. Die Börse eröffnete schon sehr flau und ergab sich im weiteren Verlauf des Geschäftes den trübsten Anschauungen. Den Anlaß gab theilweise das Unwohlsein des Kaisers, hauptsächlich aber die wachsende Besorgnis um den Ausfall der Ernte.

Tagesneuigkeiten.

* Erzherzog Josef wird demnächst nach Siebenbürgen reisen um die dortigen Honvédbataillone zu inspizieren.
* Zum Oberpräsidenten des Oberösterreichischen Komitates soll nach „Magy. Polg.“ der Reichstagsdeputirte L. Ugron ernannt werden.
* Der Ausschuss des kaufmännischen Vereines stellt an die Herren Chefs das Ansuchen, diese mögen, um die Lasten zu erleichtern, welche der Verein sich zu dem Behufe aufbürden mußte, damit derselbe ihrem Hilfspersonal in Erkrankungsfällen ausreichende Hilfe und Pflege gewähren könne.

Telegraphen-Verkehr bei der Hauptstation Pest am 14. Juni. Aufgegeben wurden: 1071 Depeschen und zwar: 10 Staats-11 Telegraphendienst, 49 Börse, 497 Handels- und Geschäfts-, 33 Zeitung-, 159 Familien- und 312 verschiedene Angelegenheiten.
* Wochenanweis der priv. österreichischen Nationalbank vom 15. Juni.

Paris, 14. Juni. Die Börse eröffnete schon sehr flau und ergab sich im weiteren Verlauf des Geschäftes den trübsten Anschauungen. Den Anlaß gab theilweise das Unwohlsein des Kaisers, hauptsächlich aber die wachsende Besorgnis um den Ausfall der Ernte.

* Der erste Kaiserball fand, vom herrlichsten Wetter begünstigt, vorgestern statt. Wenn die tanlustige Welt sich nicht sehr zahlreich eingefunden, so mögen einige am selben Abend an andern Orten abgehaltene Tanztränzchen schuld daran sein.
* Zur Fahnenmutter der Honvéds in Binga ist, wie man von dort berichtet, die Gräfin Jaelinsky, Gutsbesitzerin in Arad, derzeit in Paris, aufgefordert worden.

Table with financial data: Banknotenlauf, Metallschag, Staatsnoten, etc. Total sum: 265,552,480.

Advertisement for Gróf Batthyányi Lajos, featuring a portrait and text: 'Soeben erschien und ist in allen Buch- und Kunsthandlungen Pest-Odens sowie in der unterzeichneten Verlags-Handlung zu haben: Gróf Batthyányi Lajos temetési gyászúnnepének emléklapja.'

Börsen- und Handelsnachrichten.

Das Pester Börsenkomité hat folgende Rundmachung erlassen: Auf Ansuchen der Ersten Pester Chemischen Produzenten- und Stärkefabrik-Aktiengesellschaft wird die amtliche Notierung der auf 200 fl. lautenden Aktien dieser Gesellschaft genehmigt.

Das Pester Börsenkomité hat folgende Rundmachung erlassen: Auf Ansuchen der Ersten Pester Chemischen Produzenten- und Stärkefabrik-Aktiengesellschaft wird die amtliche Notierung der auf 200 fl. lautenden Aktien dieser Gesellschaft genehmigt.

Neue Welt. Heute Freitag den 17. Juni. KUNST- und MUSIK-KONGRESS. Auftreten der Damen Gabriele, Palma, Ricci, Weiss, und der Herren Fritz und Jean Knöding Pietro. Militärmusik W. Asboth. Anfang 6 1/2 Uhr. Entrée 50 kr. Verantwortlicher Redakteur: Ed. Sorn.

5031 1-1

Das Wechselhaus

M. L. FISCHER,

„zur Fortuna“ Hatvanergasse Nr. 16,

empfiehlt sich seinen hochgeehrten zahlreichen Kunden, sowohl hier als in der Provinz, zum Ein- und Verkaufe von **Grundentlastungs- und Weinhent-Obligationen, ung. Eisenbahn-Anlehen, Papier- und Silberrente**, aller Gattungen **Prioritäts-Obligationen**, ferner **österreichische** als auch **ungarische Industriepapiere, Gold- und Silber-Münzen, ausländische Banknoten** zu den coulantesten Bedingungen.

Coupons-Einwechslung mit unbedeutender Provision.
Promessen auf jedes Loos, zu jeder Ziehung.
Börsen-Aufträge für Pest, Wien, Frankfurt, Berlin und Paris mit der gewissenhaftesten Ausführung.
Auskünfte über Alles, was ins Bank- und Wechselfach einschlägt, **gratis und franco**.

1839er Rothschild Lose.

Diese Lose, vom **österreichischen Staate garantirt**, und die ältesten, die existiren, haben nur noch mehr **6 Ziehungen**, dann ist das ganze Anlehen getilgt.
 Haupttreffer **210.000 fl. C. M.** und bei der letzten Ziehung **300.000 fl. C. M.**

Benannte Lose sind eingetheilt in ganze und fünfteil und verkaufe ich selbe gegen monatliche Raten u. z.:

1 Ganzes 1839er in 32 monatl. Raten à fl. 25. ---
 (Stempel fl. 1.25).

1 Fünftel 1839er in 32 monatl. Raten à fl. 5. ---
 (Stempel 63 kr.).

Jeder Käufer eines ganzen 1839er Loses auf Raten erhält von mir einen Garantiebrieff, dass ich ihm die gezogene Serie mit 1100 fl. zurückzukaufen mich verpflichte, und nachdem doch jedes Los während der stattfindenden 6 Ziehungen mit der Serie gezogen werden muss, so hat jeder Besitzer eines von mir ausgestellten Ratenbrieffes einen positiven Gewinnst von 30 fl. in Händen, da ihm statt in Raten eingezahlten 800 fl., in jedem Falle 1100 fl. zugesichert sind.

Diese Lose sind die beliebtesten und befinden sich bereits bis auf einen kleinen Theil in festen Händen, müssen daher bei nur mässiger Nachfrage einen enormen Kursaufschwung erhalten.

M. L. Fischer.

Kön. ung. Prämien-Anlehen à fl. 100 (Pester Lose).

Diese Lose haben beinahe denselben Spielplan als die zweimal so hoch im Kurse stehenden österreichischen Kredit-Lose; ausserdem besitzen diese die **Garantie von der ungarischen Regierung** und werden alle Treffer **ohne Steuer-Abzug ausbezahlt**.

Jährlich 4 Ziehungen u. z.: 15. August, 15. November, 15. Feber und 15. Mai.

Haupttreffer fl. 250.000, 200.000, 100.000 etc.

Seitdem unser geliebtes Vaterland existirt, ist dieses das erste Lotterie-Anlehen, welches vom Landtag sanctionirt und garantirt wurde, es sollte daher im Interesse eines jeden wahren Patrioten liegen, von diesen Losen, je nachdem es seine Verhältnisse erlauben, ein oder mehrere Stücke sich anzukaufen, damit dieselben im Lande bleiben und nicht vom Auslande zu den jetzt noch billigen Preisen aufgekauft und uns wieder in zwei bis drei Jahren mit 50 bis 60 fl. theurer per Stück zurückverkauft werden, so wie es bis jetzt beinahe mit allen österreichischen Anlehen und Losen geschehen ist.

Die Ausländer, die nicht halb so vortheilhafte Anlehen haben, lassen dieselben nie von ihrem Lande ausführen, ausgenommen, wenn es ihnen sehr gut bezahlt wird.

Um daher Jedermann die Mittel an die Hand zu geben, von diesen vaterländischen Losen sich nach Bedarf anschaffen zu können, verkaufe ich diese gegen monatliche Ratenzahlungen u. z.:

1 ganzes 100 fl. Los in 11 monatl. Raten à fl. 10,
 oder in 24 monatl. Raten à fl. 5.

Bei Erlag der ersten Rate ist man vollständiger Eigenthümer des Loses und hat auf den ganzen Gewinnst vollen Anspruch.

Auf jedem von mir erkauften Ratenbrieff ist schon jetzt die Serie und Nummer, sowie auch der vollständige Ziehungsplan abgedruckt.

M. L. Fischer.

Pester Strassenbahn-Aktien.

Dieses Unternehmen, welches die musterhafteste und ehrlichste Verwaltung hat, kann ich jedem Privaten und Kapitalisten als die rentabelste und sicherste Kapital-Anlage zum Ankaufe empfehlen und will ich blos hier erwähnen, dass diese Aktien

im 1-ten Jahre ihres Betriebes	fl. 12 per Aktie an Dividende.
im 2-ten " " " "	fl. 20 " " " "
im 3-ten " " " "	fl. 40 " " " "
im 4-ten (vorligen Jahre)	fl. 60 " " " "

gezahlt haben, somit ist es eine ausgemachte Thatsache, dass der Verkehr jährlich um das Zwei- und Dreifache steigt und bei dem Umstande, dass unsere Hauptstadt sowohl an Handel und Industrie, als auch an Bevölkerung nur immer zunehmen, nie aber abnehmen wird, so geht dieses Papier einer grossartigen Zukunft entgegen und ist an einen starken Aufschwung im Preise gar nicht zu zweifeln, besonders wenn die wenigen Aktien, die sich noch jetzt in den Händen einiger Spekulanten befinden, an Private und Kapitalisten übergehen werden, welche ein Papier, was ihnen 12-15 pCt. jährlich abwirft, zu gar keinem Preis verkaufen werden.

Was die Garantie dieser Aktien betrifft, so werden selbe jährlich verlost und bekommt der Aktionär, dessen Aktie gezogen wird (fl. 20) in baarem Gelde und separat einen Genussschein, mit welchem er an allen späteren Dividenden und Vortheilen gleichförmig mit den anderen Aktionären bis zum Schlusse theilnimmt.

Diese Aktien verkaufe ich genau zum Tageskurse und auch auf Raten mit 7 pCt. Zinsenzuschlag.

Als erste Rate ist 50 fl. per Stück zu bezahlen, die übrigen Raten können nach Belieben des Käufers festgestellt werden.

Die Dividende und überhaupt alle Vortheile gehören dem Käufer.

M. L. Fischer.

Besondere Vortheile,

welche ich den geehrten

Käufern meiner Ratenbrieffe einräume.

1. Spielt man bei mir nicht in Gesellschaft, sondern ganz allein auf ein Los, und hat daher auch Anspruch auf den ganzen Gewinnst.

2. Jedes von mir auf Raten erkaufte Los kann jeder Zeit gesehen, und zu jeder Stunde gegen Erlag der restlichen Raten bezogen werden.

3. Können auch mehrere Raten auf einmal gezahlt werden, und wird in solchem Falle 6% an Zinsen zurück vergütet.

4. Wird jeder Auftrag auch mit Nachnahme effektuirt.

5. Bekommt jeder Käufer nach jeder Ziehung die authentische Ziehungsliste (**Magyar Fortuna**), gratis und franko ins Haus gestellt.

M. L. Fischer,

Wechselhaus „zur Fortuna“,
 Hatvanergasse Nr. 16.